

II- 8857 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 432613

1993 -02- 25

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend PVC-Verbotsverordnung für kurzlebige Produkte

Bereits im Jahr 1990 wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ein Entwurf formuliert und vorgelegt, der ein Verbot der PVC-Verwendung und -Herstellung in allen Bereichen vorsah.

Im September 1991 wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ein Entwurf für ein Verbot von kurzlebigen PVC-Produkten erstellt.

Im Mai 1992 wurde angeblich eine Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie fertiggestellt, die sich mit der Problematik des Einsatzes von PVC beschäftigte und der eine repräsentative Befragung der österreichischen Bevölkerung zugrunde gelegt wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

Anfrage:

1. Welche Kosten sind für die genannte Studie angefallen?
2. Welche Haltung bzw. Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur PVC-Problematik kann allgemein aus dieser Studie abgeleitet werden?
3. Kann aus dieser Studie ersehen werden, daß die österreichische Bevölkerung bereit wäre, ohne PVC-Produkte zu leben?
4. Welche Einstellung nimmt die österreichische Bevölkerung zu einem Totalverbot von PVC-Produkten ein?

5. Welche Ansichten und Einschätzungen der österreichischen Bevölkerung über die bisherigen Behördenaktivitäten zur "PVC-Problematik" läßt die Studie erkennen? Welche Folgerungen leiten Sie im besonderen daraus ab?
6. Wie hoch ist der Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung, der von einer Untätigkeit der betroffenen Behörden im Zusammenhang mit der PVC-Problematik ausgeht?
Welche Konsequenzen sehen Sie darin?
7. Können Sie Auskunft über das bisherige Schicksal der beiden Entwürfe des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie betreffend ein Verbot kurzlebiger PVC-Produkte geben?
Welche Gründe gibt es, daß bis zum heutigen Verbot von PVC-Produkten noch nicht erfolgte?
Bei welchen Behörden liegt Ihrer Ansicht nach in diesem Zusammenhang Säumigkeit vor?
8. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in nächster Zeit setzen, um die in den beiden Entwürfen vorgesehenen Schritte zur Einführung eines PVC-Verbetes für kurzlebige PVC-Produkte umzusetzen?
Sollten keine Schritte Ihrerseits ergriffen werden, welche Gründe führen Sie hiefür an?